



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

AM 7. APRIL 2011

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Bevor wir Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren, möchten wir den Menschen in Japan nach den tragischen Ereignissen und dem beklagenswerten Verlust von Menschenleben unser aufrichtiges Mitgefühl aussprechen. Unser aller Gedanken gelten denjenigen, die direkt oder indirekt unter den Folgen der Natur- und Atomkatastrophe zu leiden haben.

Ich werde Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte anzuheben, nachdem diese nahezu zwei Jahre unverändert auf historisch niedrigem Niveau belassen wurden. Angesichts der Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität, die wir im Rahmen unserer wirtschaftlichen Analyse identifiziert haben, ist die Anpassung des derzeit ausgesprochen akkommodierenden geldpolitischen Kurses angebracht. Während die monetäre Analyse darauf hinweist, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat bleibt, ist nach wie vor reichlich monetäre Liquidität vorhanden, aus der zusätzlicher Preisdruck resultieren könnte. Insgesamt ist es von entscheidender Bedeutung, dass die jüngste Preisentwicklung auf mittlere Sicht keinen breit angelegten Inflationsdruck zur Folge hat. Unser Beschluss wird dazu beitragen, die Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet weiterhin fest auf einem Niveau zu verankern, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung, damit die Geldpolitik das Wirtschaftswachstum im Euroraum fördern kann. Gleichzeitig sind die Zinssätze über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg nach wie vor niedrig. Somit bleibt der geldpolitische Kurs

akkommodierend und stützt weiter merklich die wirtschaftliche Aktivität sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die jüngsten Wirtschaftsdaten bestätigen, dass die konjunkturelle Grunddynamik im Euro-Währungsgebiet nach wie vor positiv ist, wenngleich weiterhin erhöhte Unsicherheit herrscht. Wir werden alle Entwicklungen im Hinblick auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auch künftig sehr genau beobachten.

Wie bereits bei früheren Anlässen dargelegt, werden auch die Liquiditätsversorgung und die Zuteilungsart bei den Refinanzierungsgeschäften gegebenenfalls angepasst, wobei der Tatsache Rechnung getragen wird, dass alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen Sondermaßnahmen entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur sind. Dementsprechend wird der EZB-Rat auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Nachdem im Schlussquartal 2010 ein Anstieg des realen BIP im Eurogebiet um 0,3 % gegenüber dem vorherigen Dreimonatszeitraum verzeichnet wurde, deuten die in jüngster Zeit veröffentlichten statistischen Daten und Umfrageindikatoren darauf hin, dass die konjunkturelle Grunddynamik im Euroraum Anfang 2011 weiterhin positiv war. Mit Blick auf die Zukunft dürfte sich die anhaltende weltwirtschaftliche Erholung förderlich auf die Exporte des Eurogebiets auswirken. Zugleich sollte die Inlandsnachfrage des privaten Sektors unter Berücksichtigung des relativ hohen Unternehmensvertrauens im Euroraum zunehmend zum Wirtschaftswachstum beitragen und durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs sowie die zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen begünstigt werden. Allerdings wird erwartet, dass die konjunkturelle Erholung durch den in verschiedenen Sektoren ablaufenden Prozess der Bilanzanpassungen etwas gedämpft wird.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken für den Wirtschaftsausblick in einem von erhöhter Unsicherheit geprägten Umfeld weitgehend ausgewogen. Einerseits könnte der Welthandel nach wie vor schneller wachsen als erwartet und somit die Exporte des Euroraums stützen. Überdies könnte sich das weiterhin hohe Unternehmensvertrauen förderlicher auf die Binnenkonjunktur im Eurogebiet auswirken als derzeit angenommen. Andererseits erwachsen Abwärtsrisiken aus den anhaltenden Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten, die möglicherweise auf die Realwirtschaft im Eurogebiet übergreifen können. Abwärtsrisiken ergeben sich auch aus einem weiteren Anstieg der Energiepreise, insbesondere angesichts erneut aufflammender geopolitischer Spannungen, sowie aus Protektionismusbestrebungen und der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte. Schließlich bestehen potenzielle Risiken durch die

wirtschaftlichen Auswirkungen der jüngsten Natur- und Atomkatastrophe in Japan auf den Euroraum und die übrige Welt.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die jährliche am HVPI gemessene Inflationsrate des Eurogebiets der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im März 2011 bei 2,6 % nach 2,4 % im Vormonat. Der Anstieg der Teuerungsrate Anfang 2011 spiegelt in erster Linie höhere Rohstoffpreise wider. Der von den stark gestiegenen Preisen für Energie und Nahrungsmittel ausgehende Preisdruck ist auch in den frühen Phasen des Produktionsprozesses erkennbar. Es ist von vorrangiger Bedeutung, dass die Zunahme der HVPI-Teuerungsrate nicht zu Zweitrundeneffekten beim Lohn- und Preissetzungsverhalten führt und somit auf mittlere Sicht keinen breit angelegten Inflationsdruck zur Folge hat. Die Inflationserwartungen müssen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung sind weiterhin nach oben gerichtet. Sie betreffen insbesondere die Möglichkeit, dass die Preise für Energie stärker ansteigen als erwartet, nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden politischen Spannungen in Nordafrika und im Nahen Osten. Allgemein könnte das kräftige Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern, gestützt durch die weltweit reichliche Liquiditätsausstattung, den Anstieg der Rohstoffpreise weiter beschleunigen. Ferner könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen. Darüber hinaus bestehen auch Risiken im Hinblick darauf, dass der inländische Preisdruck vor dem Hintergrund der anhaltenden Konjunkturerholung kräftiger ausfällt als angenommen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, erhöhte sich die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 von 1,5 % im Januar auf 2,0 % im Februar 2011. Sieht man von der Volatilität des Wachstums der weit gefassten Geldmenge ab, die in jüngster Zeit aufgrund von Sonderfaktoren verzeichnet wurde, so erhöhte sich das M3-Wachstum in den letzten Monaten erneut geringfügig. Auch die jährliche Zuwachsrate der Buchkreditvergabe an den privaten Sektor stieg im Februar weiter auf 2,6 %, verglichen mit 2,4 % im Vormonat. Damit beschleunigt sich die Grunddynamik der monetären Expansion allmählich, ist jedoch nach wie vor moderat. Zugleich ist weiterhin reichlich monetäre Liquidität vorhanden, die vor der Phase der Finanzmarktspannungen aufgebaut worden war und aus der zusätzlicher Preisdruck im Euroraum resultieren könnte.

Was die M3-Komponenten anbelangt, so schwächte sich das Wachstum von M1 weiter ab und lag im Februar 2011 bei 2,9 %, während das Wachstum der anderen kurzfristigen Einlagen und

marktfähigen Finanzinstrumente anzog. Diese Umschichtungen innerhalb von M3 spiegeln die Auswirkungen der jüngsten Verteilung der Zinsstrukturkurve auf die Verzinsung verschiedener monetärer Anlagen wider. Die steilere Zinsstrukturkurve hat jedoch auch einen dämpfenden Effekt auf das M3-Wachstum insgesamt, da sie die Attraktivität monetärer Anlagen im Vergleich zu höher verzinslichen längerfristigen Finanzinstrumenten außerhalb von M3 mindert.

Bei den Gegenposten der weit gefassten Geldmenge war die erneute Zunahme der Jahreswachstumsrate der Vergabe von Bankkrediten an den privaten Sektor im Februar unter anderem auf eine weitere leichte Beschleunigung des Wachstums der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen, das von 0,5 % im Januar auf 0,6 % im Februar anstieg. Das Wachstum der Buchkredite an private Haushalte lag im Februar bei 3,0 % nach 3,1 % im Vormonat. Insgesamt haben sich die positiven Kreditströme an den nichtfinanziellen privaten Sektor Anfang 2011 immer gleichmäßiger über die privaten Haushalte und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften verteilt.

Die jüngsten Daten bestätigen, dass die Banken ihre Kreditvergabe an den privaten Sektor weiter verstärkt haben, wobei ihre Bilanzsummen im Großen und Ganzen unverändert geblieben sind. Vor dem Hintergrund einer steigenden Nachfrage ist es wichtig, dass die Banken ihre Kreditgewährung an den privaten Sektor weiterhin ausdehnen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Banken gegebenenfalls Gewinne einbehalten, zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auf den Markt zurückgreifen oder die staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Rekapitalisierung voll ausschöpfen. Vor allem die Banken, die gegenwärtig einen eingeschränkten Zugang zur Marktfinanzierung haben, müssen dringend ihre Kapitalausstattung verbessern und ihre Effizienz steigern.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der EZB-Rat beschlossen hat, die Leitzinsen der EZB um 25 Basispunkte anzuheben. Angesichts der Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität, die wir im Rahmen unserer wirtschaftlichen Analyse identifiziert haben, ist die Anpassung des derzeit ausgesprochen akkommodierenden geldpolitischen Kurses angebracht. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale der monetären Analyse weist darauf hin, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat bleibt, jedoch nach wie vor reichlich monetäre Liquidität vorhanden ist, aus der zusätzlicher Preisdruck resultieren könnte. Insgesamt ist es von entscheidender Bedeutung, dass die jüngste Preisentwicklung auf mittlere Sicht keinen breit angelegten Inflationsdruck zur Folge hat. Unser Beschluss wird dazu beitragen, die Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet weiterhin fest auf einem Niveau zu verankern, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung, damit die Geldpolitik das Wirtschaftswachstum im Euroraum fördern kann. Gleichzeitig sind die Zinssätze über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg nach wie vor niedrig. Somit bleibt der geldpolitische Kurs akkommodierend und stützt weiter merklich die wirtschaftliche Aktivität sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die jüngsten Wirtschaftsdaten bestätigen, dass die konjunkturelle Grunddynamik nach wie vor positiv ist, wenngleich weiterhin erhöhte Unsicherheit herrscht. Wir werden alle Entwicklungen im Hinblick auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auch künftig sehr genau beobachten.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so kommt es darauf an, dass alle Regierungen ihre angekündigten Konsolidierungsziele für 2011 erreichen. Zudem würde die Bekanntgabe genau spezifizierter Konsolidierungsmaßnahmen für 2012 und darüber hinaus dazu beitragen, die breite Öffentlichkeit und die Marktteilnehmer von der Nachhaltigkeit der Korrekturmaßnahmen zu überzeugen. Ein gestärktes Vertrauen in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen ist von entscheidender Bedeutung, da so die in den Zinssätzen enthaltenen Risikoprämien reduziert und bessere Voraussetzungen für ein solides und nachhaltiges Wachstum geschaffen werden.

Zugleich ist es unabdingbar, dass mit Dringlichkeit substanzielle und weitreichende **Strukturreformen** im Euroraum umgesetzt werden, um dessen Wachstumspotenzial, Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität zu stärken. An den Gütermärkten sind vor allem Maßnahmen zur Verstärkung von Wettbewerb und zur Förderung von Innovationen weiter zu verfolgen, um den Strukturwandel zu beschleunigen und Produktivitätsfortschritte zu erleichtern. Was den Arbeitsmarkt betrifft, so muss der Verbesserung von Lohnflexibilität und Arbeitsanreizen sowie der Beseitigung von Arbeitsmarktrigiditäten Priorität eingeräumt werden.

Abschließend ist der EZB-Rat der Auffassung, dass die sechs vom Europäischen Rat auf seinem Gipfeltreffen am 24./25. März 2011 verabschiedeten Legislativvorschläge zur **wirtschaftspolitischen Steuerung** einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet leisten. Nach unserer Auffassung bleiben die Vorschläge jedoch hinter dem Quantensprung zurück, der für die Überwachung im Euroraum und somit zur Gewährleistung eines reibungslosen Funktionierens der Wirtschafts- und Währungsunion notwendig ist. Der EZB-Rat drängt daher im Einklang mit der am 17. Februar 2011 von der EZB abgegebenen Stellungnahme zu diesen Vorschlägen darauf, dass sich der ECOFIN-Rat, das Europäische Parlament und die Kommission im Rahmen ihrer Beratungen auf stringendere Anforderungen, einen stärkeren Automatismus der Verfahren und einen klareren

Fokus auf die anfälligsten Länder, die Wettbewerbsverluste hinnehmen mussten, verständigen. Dies alles würde dazu beitragen sicherzustellen, dass der neue Rahmen auf lange Sicht wirksam ist. Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.europa.eu>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.